

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofsverda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofsverda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Bautzen u. der Bürgermeist. zu Bischofsverda u. Neukirch (L.) befähigter beständiger Mitarbeiter. Er enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofsverda u. and. Behörden.



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Weg, in Bischofsverda. — Postcheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofsverda Konto Nr. 64

Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmönatlich RM. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf., Einzelnummer 10 Pf., (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Zerleger Amt Bischofsverda Nr. 444 Sud 443. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungsrichtungen durch höhere Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 45 mm breite einseitige Millimeterzeile 8 Pf. Im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofsverda.

Nr. 96

Montag, den 26. April 1937

92. Jahrgang

Tageschau.

Der Führer und Reichkanzler empfing am Sonntag auf dem Oberjaysberg den zur Zeit zum Besuch der Wehrmacht in Deutschland weilenden kaisertreu-ungarischen Honvedminister General der Infanterie Koerber.

Ministerpräsident Generaloberst Brüning traf Montag vormittag in Rom ein, von wo aus er sich Dienstagvormittag nach Deutschland zurückbegeben wird.

Über die Entlassung Belgiens aus seinen Locarno-Verpflichtungen ist nunmehr eine englisch-französische Erklärung veröffentlicht worden.

Nach Meldungen aus Bilbao sind drei weitere englische Lebensmittelschiffe in baskischen Häfen eingetroffen. Damit haben also bisher neun englische Lebensmittelschiffe die nationalspanische Blockade durchbrochen. General Durpo de Plano gab bekannt, daß der baskische Kampf „Jalme I“ an der Südküste Spaniens auf Grund gelassen sei.

Die marxistischen Gewerkschaften von Groß-Paris veranstalteten eine große Protestkundgebung gegen die zunehmende Zensur. Der Gewerkschaftsführer Jourhane stellte dabei radikale Forderungen an die Regierung stam.

Die Bahnermeister im Departement Seine und Marne haben mit dem Streik gedroht. Die Bevölkerung ist darüber sehr aufgebracht.

In den Vereinigten Staaten von Amerika droht ein neuer Streik. Die Eisenbahngewerkschaft hat für Montag 12 Uhr den Ausbruch des Streiks von 25 000 Bahnarbeitern, die von acht Eisenbahngesellschaften beschäftigt werden, angekündigt. Der Streik soll nicht nur den gesamten Güterverkehr, sondern auch den Reiseverkehr in Newport Milligen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Eine Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers.

Wien, 26. April. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg empfing nach seiner Rückkehr aus Venedig einen Vertreter der „Politischen Korrespondenz“ und teilte ihm mit: „Das Kommuniqué über die Besprechung in Venedig spiegelt vollinhaltlich und wahrheitsgetreu den Umfang, die Ergebnisse und die Atmosphäre unserer Unterredungen mit dem italienischen Regierungschef wider. Es läßt meines Erachtens keine haarspaltigen Auslegungen zu. Sogar ich sehe ich mich veranlaßt, auf einen Artikel des „Giornale d'Italia“ zurückzukommen, der geeignet ist, mißverständl. Deutungen für u. Tor zu öffnen. Es ist mir bekannt, daß diese Darlegungen in der europäischen Öffentlichkeit beträchtliche Beachtung finden, und daß sie allerlei den Tatsachen widersprechende Schlussfolgerungen aufkommen lassen können. Ich halte daher eine grundsätzliche Klarstellung für geboten. Das befreundete Italien hat, wie in der Vergangenheit, so auch jetzt seinem alten Grundgesetz treu, in keiner Weise eine Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten Österreichs unternommen. Was also die Möglichkeit einer Mitarbeit einer nationalen Opposition in Österreich im Rahmen der Vaterländischen Front betrifft, so sind jene Erklärungen festzuhalten, die ich wiederholt in der Öffentlichkeit abgegeben habe. Die anlässlich des Frontabbaus vom 14. Februar angelegte Errichtung eines völkisch-politischen Referats in der Frontführung ist nach wie vor beabsichtigt, weil alles, was vernünftigerweise zu einer weiteren Eingliederung der nationalen Kreise Österreichs in die Vaterländische Front unternommen werden kann, versucht wird. Selbstverständlich kann es sich aber dabei nicht um die Delegierung eines Vertreters der illegalen Nationalsozialisten handeln, sondern nur um die Bestellung einer geeigneten Persönlichkeit, die dem nationalen Lager entspringt und das Vertrauen des Frontführers genießt. Ich verweise hierbei auf analoge Bemühungen durch die Bildung der „sozialen Arbeitsgemeinschaften“ in der Front, deren Aufgabe es unter anderem ist, die ehemals sozialdemokratisch orientierten Kreise im Rahmen der Vaterländischen Front zur Mitarbeit zu veranlassen. Von einer Teilnahme an der Regierung wird nicht die Rede.“

„Giornale d'Italia“ weist Entstellungen zurück.

Die Behauptungen einiger französischer und englischer Blätter, die die in dem Leitartikel des „Giornale d'Italia“ angelegten Möglichkeiten einer Beteiligung der österreichischen Nationalsozialisten an der Verantwortung unmittelbar mit den Besprechungen zwischen Mussolini und Schuschnigg in Verbindung bringen und daraus schließen, Italien bestimme

Österreichs nationale Politik, werden vom Direktor des halbamtlichen Blattes auf das entschiedenste zurückgewiesen.

Der Direktor des „Giornale d'Italia“ betont weiter, die von ihm veröffentlichte Nachricht dürfe durchaus nicht mit den Besprechungen in Venedig in Zusammenhang gebracht werden, sondern sei lediglich im Rahmen der in ihren Wirkungen auf die Außenpolitik kurz dargestellten inneren Lage Österreichs berührt worden. Gut unterrichteten Kreisen sei es wohl bekannt, daß in Österreich seit langer Zeit Verhandlungen im Gange seien, um eine nationale Befriedung durchzuführen, die die Zusammenarbeit der Nationalsozialisten und der Vaterländischen Front zum natürlichen Ziele haben.

Das Echo, das das venezianische Kommuniqué in der deutschen Presse gefunden hat, wird Herr Schuschnigg bekräftigen, daß die venezianischen Besprechungen in Deutschland richtig verstanden und richtig bewertet worden sind. Was die Ausführungen des Bundeskanzlers gegen den Artikel des „Giornale d'Italia“ anbelangt, so handelt es sich hierbei letzten Endes um eine Debatte zwischen diesen beiden Instanzen. Ob es in diesem Zusammenhang nützlich im Sinne der venezianischen Besprechungen und der vorangegangenen Ministerbesuche ist, auf die Bemerkungen der Vaterländischen Front hinzuweisen, die Sozialdemokraten zu einer Mitarbeit zu gewinnen, müssen wir allerdings dahingestellt sein lassen.

Belgien von seinen Locarno-Verpflichtungen befreit.

Brüssel, 25. April. Am Sonnabend fand im belgischen Außenministerium die Unterzeichnung von zwei Dokumenten statt. Das eine betrifft die französisch-britische Erklärung, die Belgien von seinen Verpflichtungen als Garantmacht, wie sie sich aus dem Locarno-Abkommen ergeben, befreit. Das andere Schriftstück ist eine Empfangsbestätigung der belgischen Regierung. Das Dokument der Entpflichtungserklärung wird später beim Völkerverband hinterlegt werden. In der gemeinsamen Erklärung Frankreichs und Englands heißt es u. a.:

4. Die Regierung des Vereinigten Königreiches und die Regierung der Republik erklären, daß sie Belgien nunmehr

als befreit von allen Verpflichtungen ihnen gegenüber ansehen, die sich entweder aus dem Vertrag von Locarno oder aus den in London am 19. März 1936 getroffenen Vereinbarungen ergeben, und daß sie Belgien gegenüber die Beistandsverpflichtungen aufrechterhalten, die sie ihm gegenüber gemäß den oben erwähnten Verträgen eingegangen waren.

5. Die Regierung des Vereinigten Königreiches und die Regierung der Republik kommen überein, daß die Entlassung Belgiens aus seinen Verpflichtungen, wie sie in Absatz 4 vorgezogen ist, in keiner Weise die bestehenden Verpflichtungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich berührt.

Der belgische Außenminister hat hierauf im Namen seiner Regierung folgende Mitteilung an den englischen und den französischen Botschafter in Brüssel gerichtet: Die Regierung des Königs hat mit großer Befriedigung von der Erklärung Kenntnis genommen, die ihr mit dem Datum vom heutigen Tage durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, bzw. der Regierung der französischen Republik übermittelt worden ist. Sie dankt ihr hierfür lebhaft.

PARIS, 25. April. Die Pariser Sonntagspresse unterzieht sich nicht gerade hocherfreut, aber doch nicht ganz ungeschickt der Mühe, ihren Lesern die Lösung der belgischen Verpflichtungen aus dem Locarno-Pakt und sonstigen militärischen Verpflichtungen als eine Initiative Frankreichs und Englands hinzustellen, als ein Ergebnis lokaler, herzlich und vertrauensvoller Aussprachen zwischen England und Frankreich und Belgien.

Die Blätter können im allgemeinen nicht verhehlen, daß die englisch-französische Diplomatie eigentlich nur die Wahl hatte, zwischen einem Lösungs- oder einem einseitigen Schritt Belgiens, sich selbst durch eine isolierte Erklärung von dem betreffenden Vertragssystem zu befreien, durch die es befürchten mußte, irgendwann einmal in die Streitigkeiten der großen Mächte verwickelt zu werden. Verschiedentlich taucht in den Kommentaren eine Ansicht auf, wonach der zukünftige Rheinpakt (Westpakt) — an dem Belgien nicht unbedingt beteiligt zu sein braucht — auf der These des gegenseitigen Beistandes gegründet werden soll.

Am 1. Mai

Deutsche Arbeiter aus allen Gauen Ehrengäste der Reichsregierung

BRN. Berlin, 25. April. Wie in den Vorjahren, so nehmen auch am Nationalfeiertag 1937 deutsche Arbeiter aus allen Gauen und Berufsarten an den Berliner Veranstaltungen des 1. Mai als Ehrengäste der Reichsregierung teil. Mit ihnen sind ferner die 50 Sieger des 4. Reichsberufswettkampfes der deutschen Jugend und endlich der Revierförster und die drei Holzfüßen aus dem deutschen Osten, die den für die Reichshauptstadt bestimmten Malbaum geschlagen und nach Berlin geleitet haben, Ehrengäste der Reichsregierung. Jeder der 33 Gause entsendet drei verdiente Arbeitskameraden.

Die Ehrengäste werden in den besten Berliner Hotels untergebracht. Am Freitagnachmittag um 16.30 Uhr werden sie im Propagandaministerium durch Reichsminister Dr. Goebbels begrüßt, während für den Abend der Besuch der Leharschen Operette „Der Graf von Luxemburg“ im Theater des Volkes vorgesehen ist.

Am Nationalfeiertag nehmen die Ehrengäste zunächst an der Rundgebung der deutschen Jugend im Olympia-Stadion teil. Gegen 11 Uhr fahren sie durch die festlich geschmückte Spalterstraße zum Staatspark im Lustgarten. Den Höhepunkt ihres Berliner Aufenthalts bildet dann am Nachmittag um 17 Uhr der Empfang beim Führer.

Am Sonntag werden die Ehrengäste mittags im Rathaus durch den Stadtpräsidenten und Oberbürgermeister Dr. Dippert, am Nachmittag im Regattahaus am Tempelhofer See von Dr. Weg empfangen. Am Abend ist der Besuch des Berliner Wintergartens vorgesehen.

Am Montag statten die Arbeiter und Sieger des Berufswettkampfes vormittags 10.40 Uhr der großen Ausstellung „Seht mir vier Jahre Zeit“ einen Besuch ab, um dann einer Einladung des Reichsleiters Amann zu folgen.

Reichsminister Dr. Frick vor der Beamtenhaft.

Eröffnung der Beamtenrechts-Halbwoche der Verwaltungsakademie.

Berlin, 26. April. (Gg. Funke.) Die Verwaltungsakademie Berlin, an deren Spitze der Leiter der deutschen Beamten, Reel, steht, führt vom 26. bis 29. April eine toge-

nannte Beamtenrechts-Halbwoche durch, auf der hervorragende Männer der deutschen Verwaltung sprechen werden. In den 10 Vorlesungen werden u. a. die rechtliche Stellung des Beamten, die Beamtenpflichten, das Verhältnis Beamter und Partei und weitere Fragen des Beamtenrechts behandelt werden. Etwa 100 Beamte, die aus dem ganzen Reich nach Berlin gekommen sind, nehmen an dieser Beamtenrechts-Halbwoche teil.

Für die Bedeutung der Beamtenrechts-Halbwoche ist es kennzeichnend, daß der Reichs- und preussische Minister des Innern, Dr. Frick, sie selbst mit einer Ansprache eröffnete, in der er der Leitung der Verwaltungsakademie seine ganz besondere Anerkennung zollte.

Dann leitete Reichsminister Dr. Frick die Vorlesungsreihe mit einem einstündigen Vortrag über das Berufsamtentum in Geschichte und Gegenwart ein. Am Schluß seines Vortrages dankten die Zuhörer dem Minister durch stärksten Beifall.

SS. und Falitta

Italienischer Besuch in Deutschland.

Der Führer der faschistischen Jugend, Staatssekretär Ricci, ist mit seinen Begleitern auf deutschem Boden eingetroffen. Er kommt nicht nur, um den Besuch des Reichsjugendführers Baldur von Schirach zu erwidern, er kommt vor allem auch, um einer Vereinbarung zwischen den beiden großen und allein maßgebenden Jugendorganisationen Deutschlands und Italiens Geltung zu schaffen: der Jugend selber Länder einen wirklichen Einblick in die Verhältnisse der befreundeten Völker zu geben. Denn SS. und Falitta bilden die Avantgarde einer neuen Zeit, die sich nicht mit Menschheitsphrasen abspinnen läßt, sondern den Erhebungen des Völkerebens auf den Grund geht. Wir begrüßen den Staatssekretär Ricci, der nun, von München als der ersten Station kommend, quer durch das Reich reisen wird. Er wird auf seiner langen Fahrt nicht nur die natürlichen Schönheiten der deutschen Gauen kennen lernen, er wird auch in die Gegenden unseres Vaterlandes geführt werden, wo